

Nur »besorgte Bürger«?

AfD und Pegida: Die neue Rechte



Vorwort und Ansprache

Rassistische Übergriffe, Aufmärsche und Demonstrationen nehmen in Deutschland massiv zu. Die Verschiebung der politischen Diskussionskultur nach rechts hat längst stattgefunden. Es droht ein gesellschaftliches Klima, das von Intoleranz, Ausgrenzung, Autorität und Demokratiefeindlichkeit geprägt ist.

Bedingt durch Kriege, Terror und Unterdrückung haben über eine Million Menschen im Jahr 2015 in Deutschland Schutz gesucht (siehe auch: DGB-Jugend Blickpunkt zu Flucht & Asyl). Die extreme Rechte stellt die Situation der Geflüchteten so dar, dass sie u.a. die Ursachen für soziale Ungerechtigkeit in Deutschland seien. Geflüchtete werden somit zu »Sündenböcken« gemacht. Die extreme Rechte versucht mit ihrer rassistischen Hetze in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Diesen Bestrebungen treten wir als Gewerkschaftsjugend entschieden entgegen!

Dominiert werden die Diskussionen vor allem durch die Akteur_innen der Partei »Alternative für Deutschland« und der rechten Pegida-Bewegungen. Mit diesem

Blickpunkt wollen wir euch einen Überblick über diese Akteur_innen, ihre Forderungen und Aktivitäten geben. Weiter werden Aktionsmöglichkeiten und Argumentationsstrategien für uns Gewerkschafter_innen vorgestellt, um zu verhindern, dass sich solche Strukturen auch in unseren Betrieben, (Berufs-)Schulen, Universitäten oder unserer Stadt entwickeln!

Denn gerade mit Blick auf die deutsche Vergangenheit rufen wir auf: Nationalismus und Rassismus sind keine Alternative!

Florian Haggenmiller, DGB-Bundesjugendsekretär



1. Einleitung: »AfD, Pegida, HoGeSa... Wtf?«

Extrem rechte und rassistische Meinungen befinden sich im Aufwind. Ob AfD (Alternative für Deutschland), Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) oder HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten), sie alle schüren Ängste vor einer Überfremdung Deutschlands, kriminellen Ausländer_innen und einer Einwanderung in die Sozialsysteme. Man gibt sich als die verfolgte Unschuld und behauptet, dass man »das ja noch sagen dürfe«. Dabei schlagen sie alle in dieselbe Kerbe: Nationalismus, Islamfeindlichkeit und Hass gegenüber »Fremden«. Zu Hilfe nehmen sie sich antimuslimische Anfeindungen und rassistische Vorurteile. AfD, Pegida und HoGeSa sind in Deutschland nicht die einzigen Gruppen, die auf diese Art versuchen, Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Das Zusammenspiel dieser drei Kräfte aber schafft es, in besonders weiten gesellschaftlichen Kreisen zu wirken. Dabei gilt die AfD als die parlamentarische Vertretung, Pegida als die Stimme der »normalen Bürger und kleinen Leute«, während die Hooligans von HoGeSa die gewaltbereiten Personen ansprechen. Während sich Pegida von der AfD abgrenzt und sich nicht von der Partei vereinnahmen lassen will, gibt es starke Überschneidungen in den Weltbildern, der Zielgruppe sowie den Anhänger_innen der beiden extrem rechten Akteure.

1.1. Die Alternative für Deutschland (AfD)

Entstanden ist die AfD im Jahr 2013 im Lauf der Diskussionen um die »Rettungspakete« und die EU-Mitgliedschaft von Griechenland, das aufgrund von Überschuldung (u.a. durch die Bankenrettungen) und strukturellen wirtschaftlichen Problemen vor der Staatspleite stand. Dabei traten die Widersprüche eines gemeinsamen europäischen Währungsraumes zu Tage und wurden breit in Deutschland diskutiert. Die Partei war von Beginn an nationalkonservativ und rechtsoffen ausgerichtet. Allerdings dominierte in der Anfangszeit eine Strömung um den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke, ein früheres CDU-Mitglied und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Sie legte den inhaltlichen Schwerpunkt in der Außendarstellung der AfD auf eine marktradikale und neoliberale Wirtschaftspolitik, die EU-Skepsis und Anti-Euro-Politik beinhaltete. Bereits in der Anfangsphase gab es weitere Strömungen in der AfD, die sich aus extrem rechten (Kleinst-)Parteien rekrutierten und eine stärker rassistische sowie nationalistische Schwerpunktsetzung der Partei bevorzugten. Ein Großteil des Zulaufs der AfD stammte allerdings aus ehemaligen Parteimitgliedern von FDP, CDU/CSU, SPD und Der Linken, die mit der Politik ihrer bisherigen

Parteien unzufrieden waren. Dafür haben auch die Bücher von Thilo Sarrazin »Deutschland schafft sich ab« und »Europa braucht den Euro nicht« den Boden bereitet: Er vermischte in seinem Buch rassistische Vorteile (z.B. »Alle Türken sind dümmer als Deutsche«) mit sozialen Problemen (z.B. »Weil die Türken alle dümmer und ungebildeter sind als die Deutschen, geht es der deutschen Wirtschaft schlecht, wenn viele Türken in Deutschland leben«). Diese Thesen stießen im Jahr 2010 auf breite Zustimmung in der deutschen Bevölkerung und finden sich heute in Reden von Björn Höcke (AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag) wieder. In einer Rede über Asylpolitik sprach Höcke unter anderem vom »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp« und von einem »Bevölkerungsüberschuss Afrikas«. Seiner These zufolge ist es von der geografischen Herkunft abhängig, wie viele Kinder Menschen bekommen.

Von der »Eurokrise« zur »Flüchtlingskrise«

Zwei Jahre nach der Gründung der AfD haben sich die Machtverhältnisse in der Partei und das Thema »Krise« im Kontext geändert. Thema ist jetzt nicht mehr die »EU«, sondern die »Flüchtlings- und Asylkrise«. Im Januar 2015 waren die Diskussionen um ein neues EU-Rettungspaket für Griechenland in vollem Gange und der Erfolg von Pegida dominierte die öffentlichen Diskussionen in Deutschland. In diesem Kontext drehte sich im Hamburger Wahlkampf der AfD die gesamte Außendarstellung der Partei um die vermeintliche »Islamisierung«, »Asylbetrüger« und »terroristische Bedrohungen«, womit sie mit Anlauf auf den fahrenden Pegida-Zug aufsprangen. Ein halbes Jahr später spiegelte sich diese Entwicklung dann auch personell in der AfD wieder: Auf dem Parteitag in Essen wurde eine deutlich rechtliche Ausrichtung beschlossen, woraufhin 2.000 Mitglieder einschließlich Bernd Lucke die Partei verließen. An seine

Stelle trat Frauke Petry. Unter ihrer Führung sind die Abschottung Europas und der »Schutz« Deutschlands die zentralen Themen der AfD geworden: Gefordert wird nun die konsequente Abschiebung der Geflüchteten, die in AfD-Wortwahl auch schon mal als »Eindringlinge« bezeichnet werden, und die Absicherung der Grenzen, dies notfalls auch mit Schusswaffengebrauch gegen Frauen und Kinder! Die Partei hat sich in ihrer Außendarstellung sowie ihrer Rhetorik deutlich weiter nach rechts bewegt und die Ausrichtung auf eine rassistische Anti-Flüchtlingspolitik hat sich gefestigt.

Die AfD schürt Ängste vor sozialem Abstieg, dem Verlust der nationalen Souveränität und propagiert dabei Feindbilder wie Asylsuchende, Migrant_innen, »Menschen aus dem Süden Europas« (EU-Wahlprogramm der AfD), »Faule« und »Asoziale«. Die AfD greift Themen, wie die »Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften« oder das »Demokratiedefizit« in der EU auf, anhand derer dann mit Vorliebe »das Volk« in Gegensatz zur »politischen Klasse« gesetzt wird. Diese würde die »nationalen Interessen« an eine undemokratische, multikulturelle und international orientierte Europäische Union verkaufen, um sich dabei in erster Linie selbst zu bereichern. Damit nutzt sie in der Gesellschaft vorhandene Vorurteile und greift auf typische Argumentationen der extremen Rechten zurück.

1.2. Pegida

Pegida – die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« – sind eine extrem rechte Bewegung, die im Herbst 2014 in Dresden gegründet wurde. Zu Beginn nahmen an den als »Spaziergängen« bezeichneten Demonstrationen nur einige Hundert Menschen teil. Aber innerhalb weniger Wochen wurden es rasant mehr, bis sich am 10. Januar 2015 laut Polizei 25.000 Menschen beteiligten. Seitdem ist die Zahl der Teilnehmenden deutlich zurückgegangen, aber noch immer rufen die Organisator_innen jeden Montag zu den »Spaziergängen« auf. Während zu Beginn der Demonstrationen im Wesentlichen vor einer angeblichen »Islamisierung« des »Abendlandes« gewarnt wurde, hat sich auch hier das Thema gewandelt. Mittlerweile wird stärker gegen Geflüchtete – die sogenannten »Asylanten« – und insbesondere muslimische Migrant_innen als Bedrohung für die »deutsche« Gesellschaft gehetzt. Die Idee zu den Demonstrationen entstand aus einer Facebook-Gruppe heraus, die von Lutz Bachmann gegründet wurde. Er ist – trotz einiger Skandale wie dem Bekanntwerden einer kriminellen Vergangenheit, einem Foto von ihm mit Hitlerbärtchen auf seiner Facebook-Seite sowie dem Äußern rassistischer Kommentare im Internet – noch immer der Hauptorganisator der »Spaziergänge«. Sich selbst möchte die Bewegung eigentlich nicht politisch verorten





und bezeichnet sich als »weder rechts noch links«. Allerdings sprechen sowohl die inhaltlichen Berührungspunkte mit der extremen Rechten als auch die Liste der Redner_innen auf den Pegida-Demonstrationen ganz klar für eine extrem rechte Ausrichtung der Bewegung.

Antimuslimischer Rassismus

»PEGIDA ist FÜR die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur« ist eine der zentralen Aussagen des Positionspapiers der Bewegung. Sie warnen vor einer angeblichen »Islamisierung«, wobei sie behaupten es gäbe einen grundsätzlichen kulturellen Gegensatz zwischen dem »Abendland« (Europa) und dem »Morgenland« (arabisch-muslimischer Raum). »Das Morgenland« wird zur Abgrenzungsfolie gegenüber der eigenen »heilen Welt« gemacht. Alles was als »fremd« oder negativ empfunden wird, alles, was man mit Veränderungen verbindet oder vor dem man Angst hat, lässt sich unter dem Begriff sammeln. In der Zuwanderung insbesondere muslimischer Menschen wird der Kern der gesellschaftlichen Probleme Deutschlands verortet. Obwohl in Dresden nur 0,2 Prozent und in ganz Deutschland vier bis fünf Prozent der Bevölkerung muslimischen Glaubens sind, bedrohe die angebliche »Islamisierung« Deutschland und ganz Europa, die »ursprüngliche« Bevölkerung und ihre Lebensweise. Dabei spielt die Idee der »Überfremdung« und »Umvolkung« Deutschlands eine zentrale Rolle. Gemeint ist damit, dass die politischen Eliten Deutschlands angeblich das Projekt verfolgen würden, die deutsche Bevölkerung kulturell und biologisch »auszurotten« und durch »Fremde« zu ersetzen.

In dem rassistischen Weltbild Pegidas sind Muslime und Geflüchtete Schuld an den Problemen der Menschen in Deutschland und nicht etwa eine zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich. Angeheizt wird diese Debatte besonders durch die Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015/2016 (mehr Infos zu antimuslimischem

Rassismus unter <http://jugend.dgb.de/-/XM1>). Bei Pegida werden auch die Bundesregierung sowie die etablierten Parteien scharf angegriffen. Hier wird deutlich, dass sich die Demonstrierenden bei Pegida nicht von der Politik vertreten fühlen. So wird in der aktuellen Asylpolitik ein »Versagen« der Politik oder auch ein bewusstes Handeln der politischen Eliten gegen die Interessen »der kleinen Leute« gesehen. Es wird unterstellt, dass die Politik die »Islamisierung« Deutschlands unterstütze und die etablierten Medien – die »Lügenpresse« – dies absichtsvoll mit manipulierter Berichterstattung der Bevölkerung vorenthalte.

Regionale Ableger: »...gida«

Aufgrund des Erfolgs der Pegida-Demonstrationen in Dresden gründeten sich schnell Ableger in anderen Städten und Regionen Deutschlands. Allerdings waren hier die Ausgangssituationen andere: In Dresden gelang es einem Organisationsteam mit »bürgerlichem« Hintergrund und einer zielgruppenorientierten Ansprache authentisch zu wirken. Dabei traten organisierte Neonazis nicht öffentlich oder »nur« als Teilnehmende in Erscheinung.

Im Unterschied dazu wurden die Pegida-Ableger deutschlandweit meist von extremen Rechten gegründet oder übernommen. Man versuchte, auf den fahrenden Zug aufzuspringen und lokale Demonstrationen anzumelden. So waren die Initiator_innen von Kögida (»Kölner gegen die Islamisierung des Abendlandes«) sowie DUlgida (»Duisburger gegen die Islamisierung des Abendlandes«) bzw. Pegida NRW Kader extrem rechter Parteien wie ProNRW oder »Der Freiheit« oder kamen aus dem Umfeld der rassistischen Bewegung der »Identitären«, die vor allem für Angriffe auf Moscheen verantwortlich ist. Bei den Demonstrationen von Legida (»Leipzig





1.3. Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa)

Im Gegensatz zu Pegida, die vor allem bürgerlich und friedlich auftreten wollen, setzen die selbsternannten »Hooligans gegen Salafisten« auf Aggressivität und Unruhe. Dieses Netzwerk aus Fußballfans geht offiziell gegen Salafismus (eine extrem fundamentalistische Ausrichtung des Islams) auf die Straße und wendet sich wie Pegida gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands. Dabei dient die Positionierung gegen Salafismus und Islamismus

als Deckmantel für nationalistische, rassistische und chauvinistische Politik und deren gewaltsame Durchsetzung. Ihr Vorbild ist die »English Defense League« (EDL), eine islamfeindliche, rechte Hooliganorganisation, die 2009 in England gegründet wurde und seitdem durch gewalttätige, rassistische Aktionen für Aufmerksamkeit sorgt.

Die Ausschreitungen in Köln

Nach Mobilisierung in sozialen Medien rief HoGeSa im Oktober 2014 zu einer Demonstration in Köln auf. Schon länger hatten sich rechte Fußballfans aus unterschiedlichen Lagern unter dem Slogan »Hooligans gegen Salafisten« zusammengeschlossen. Die ersten öffentlichen Auftritte fanden im Februar in Mönchengladbach und im März in Mannheim im Rahmen von Protesten gegen Auftritte des salafistischen Predigers Pierre Vogel statt. Mit knapp 5.000 Teilnehmenden stellt die Versammlung in Köln jedoch eine der größten öffentlichen Aktionen rechter Kräfte in Deutschland der letzten Jahre dar. Die Demonstration bestand aus Personen unterschiedlicher Zusammenhänge und Organisationen: Rechtsoffene Hooligangruppen, Rockerclubs, Verschwörungstheoretiker_innen und organisierte Neonazis bildeten dabei die große Mehrheit. Erschreckend war die hohe Gewaltbereitschaft. Polizist_innen, Journalist_innen, Gegendemonstrant_innen, unbeteiligte Passant_innen und Menschen mit Migrationshintergrund waren Opfer von Übergriffen und regelrechten Jagdszenen in der gesamten Kölner Innenstadt. Scheiben wurden zerschlagen, Autos umgeworfen und Böller auf Menschen geworfen.

Nach der Demonstration in Köln gab es noch mehrere Demonstrationen von HoGeSa, die allerdings deutlich kleiner waren sowie von der Polizei stark überwacht und unter Kontrolle gehalten wurden.

gegen die Islamisierung des Abendlandes«) erfolgten Angriffe auf Journalist_innen sowie auf ein linkes Stadtviertel. Und bei den Kundgebungen von MVgida (»Mecklenburg-Vorpommern gegen die Islamisierung des Abendlandes«) hielten Funktionär_innen der NPD wie der ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende Udo Pastörs ihre Reden. Dementsprechend haben diese lokalen Ableger im Vergleich zu Pegida auch nur einen überschaubaren Erfolg. Was jedoch – im Gegensatz zu Dresden – in der Regel gelungen ist, ist die Mobilisierung von Gegenprotesten: In Köln konnte Kögida nur wenige Meter laufen, weil Kölner_innen die Straßen blockierten, in Leipzig stellten sich 30.000 Leipziger_innen den Rechten entgegen. Und in Mecklenburg-Vorpommern gründeten sich Bündnisse aus verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, um gegen die Bewegung zu protestieren.

Doch auch wenn diesen Ablegern der große Durchbruch versagt blieb, sind nicht alle von ihnen verschwunden. So kooperiert Legida mit Pegida in Dresden und man unterstützt sich bei den Demonstrationen. Und auch Pegida NRW führt noch immer – wenn auch bescheidene – Aufmärsche in Duisburg durch. Als Ergebnis dieser regionalen Pegida-Ableger und Nachahmer ist ein bundesweites Netzwerk von Personen und vereinzelt auch Strukturen entstanden, das künftig Ausgangspunkt einer überregionalen Bewegung werden könnte.

»Lügenpresse« ist ein Kampfbegriff, der nicht von Pegida erfunden wurde. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Ausdruck für Verleumdungskampagnen genutzt, 1914 erschien das völkische Buch »Der Lügenfeldzug unserer Feinde: Die Lügenpresse.«. Zehn Jahre später machten Hitler und Goebbels mit dem Begriff Stimmung und attackierten damit ihre politischen Gegner_innen (siehe zur Geschichte des Begriffs einen Beitrag von Christian Buggisch auf publikative.org). Dass Medien politisch gefärbt sind und sich vor allem online rasend schnell Gerüchte, Halbwahrheiten und auch Lügen verbreiten, ist unbestreitbar. Indikator für uns sollte aber sein, was berichtet wird. Hinterfragen wir die Aussagen und Artikel inhaltlich und fallen nicht auf eine pauschale Diskreditierung von Medien rein. Sonst ist Dummheit und Ahnungslosigkeit vorprogrammiert.

1.4. Die Neue Rechte

Die »Neue Rechte« entstand in den 1960er Jahren in Frankreich und stellt eine ideologische und strategische Modernisierung der extremen Rechten dar. Vorbild sollte nicht mehr der Nationalsozialismus sein, sondern insbesondere völkische und konservative Ideologien aus der Weimarer Republik. Ziel ist es insbesondere, extrem rechte Weltbilder zeitgemäßer umzuformulieren und für breitere gesellschaftliche Gruppen anschlussfähig zu machen.

Dementsprechend wird sich stark von Neonazis abgegrenzt und Begriffe des Nationalsozialismus vermieden. Zentrale Inhalte extrem rechter Politik werden in einer neuen Sprache formuliert. So wird bei der »Neuen Rechten« beispielsweise der Begriff der »Rasse« ersetzt durch den der »Kultur«. Diese wird als angeboren und unveränderlich definiert. Folglich ist das politische Ziel, ein Staat der »kulturell« so einheitlich wie möglich ist. Als zentrale Bedrohung dieser Kulturen gelten folglich alle »fremden« Einflüsse sowie die kulturelle und biologische »Vermischung«. Neue rechte Bewegungen versuchen Anschluss an Konservative und bürgerliche Schichten zu bekommen. Ihr Ziel ist es, politische Debatten (z.B. zum Familien- und Frauenbild) weit nach rechts zu verschieben. Natürlich versuchen sie auch bei Wahlen politische Mehrheiten zu erzielen und (extrem) rechte Politik in den Parlamenten zu machen.

In Deutschland gibt es keine zentrale Organisation der »Neuen Rechten«. Stattdessen gibt es ein Netzwerk aus zahlreichen kleinen Parteien, Gruppen, Einzelpersonen, Instituten, Verlagen sowie Zeitungen wie Zeitschriften, das dieser Richtung der extremen Rechten zuzuordnen ist. AfD und Pegida sind ein Beleg dafür, dass die Strategien der »neuen Rechten« in den letzten Jahren durchaus Erfolg hatten. Extrem rechte Weltbilder haben – teilweise über neue Begriffe und in Abgrenzung zum Neonazismus – in breiten gesellschaftlichen Kreisen Anklang gefunden. Gleichzeitig lassen sich AfD und Pegida auch als Teil der »Neuen Rechten« fassen, die nun als extrem rechte Partei und extrem rechte Bewegung weiter an der Meinungsführerschaft in der Gesellschaft arbeiten.

Das ist leider kein Phänomen, das sich auf Deutschland beschränkt. In allen europäischen Ländern spielen rechtspopulistische

und extrem rechte Parteien eine größere Rolle. So hat der Front National (FN) bei der Europawahl 2014 mit 24,86 Prozent die meisten Stimmen in Frankreich bekommen. In Großbritannien erlangte die United Kingdom Independence Party (UKIP) 26,77 Prozent und in Dänemark die Dänische Volkspartei (DVP) 26,6 Prozent. Während sie ihre Forderungen während der Währungs- und Wirtschaftskrise zunächst vornehmlich als Kritik an der Europäischen Union darstellten, konzentrieren sie sich jetzt vor allem auf Positionen zu Migration, Asyl und Islamfeindschaft. Wie eine klare Grenze zwischen konservativer und rechtspopulistischer Politik gezogen werden kann, ist umstritten. In Europa gibt es mittlerweile sieben Regierungen (Ungarn, Schweiz, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen und Griechenland), an denen rechtspopulistische Parteien beteiligt sind. Vgl.: www.netz-gegen-nazis.de/artikel/begriffe-und-konzepte-der-neuen-rechten

Buchtipps und Webseiten

DGB-Jugend: Blickpunkt Flucht & Asyl.

► <http://jugend.dgb.de/-/pCj>

► Becher, P.; Begass, C.; Kraft, J. (2015): *Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co: Vom Salon auf die Straße*, PappyRossa Verlag, 130 Seiten

► *Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBGR): Rechtspopulismus ist keine Alternative!* Online unter: www.gew-hamburg.de/sites/default/files/broschuere_zur_kritik_der_afd.pdf

Strategien gegen rassistisches Mobbing und Diskriminierung im Betrieb. Antidiskriminierungsstelle des Bundes

► Online unter: <http://bit.ly/1KIDNqp>

IDA – Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V.

► www.idaev.de

»Mach meinen Kumpel nicht an« e.V.

► www.gelbehand.de/informiere-dich/publikationen

DGB Bundesvorstand: *Die AfD: Eine rechtspopulistische Partei im Wandel. Ein Zwischenbericht.*

► www.dgb.de/themen/++co++18157294-f10c-11e5-b9f3-52540023ef1a

DGB NRW: *Argumente gegen Rechtspopulisten.*

► <http://nrw.dgb.de/gewerkschaften-gegen-rechts>

Netz gegen Nazis – Informationen und Gegenstrategien

► www.netz-gegen-nazis.de



2. Inhaltliche Auseinandersetzung mit Forderungen von Pegida und der AfD und gewerkschaftliche Antworten darauf: »Solidarität statt Rassismus. Gleiche Rechte für alle«

Pegida und die AfD schreiben sich auf die Fahne, für »die kleinen Leute« da zu sein und ihre Interessen zu vertreten. Sie stellen sich als diejenigen hin, die offen Kritik an der Bundespolitik üben, greifen die Medien an und sind vermeintlich »unbequem«. Aber auf Unsicherheiten, Abstiegsängste und Perspektivlosigkeit haben sie dabei nur rassistische Antworten. Wenn Menschen Angst haben, dass es ihnen in Zukunft schlechter gehen wird, dann ist ihre Antwort nicht, dass die Renten und die Löhne steigen müssen, sondern dass »die Ausländer« Schuld daran seien, dass alles schlechter wird. Aber die Einführung von Hartz IV und die Absenkung des Rentenniveaus hatten nichts mit Asylsuchenden, sondern mit Privatisierungen sowie einer Umverteilung von unten nach oben zu tun. Und wenn Geflüchtete von Sozialleistungen ausgeschlossen würden, heißt das noch lange nicht, dass plötzlich der Mindestlohn erhöht wird, die Renten steigen oder mehr Kindergärten öffnen. Auch die Rechnung, dass die Versorgung von Geflüchteten Arme noch ärmer mache, geht nicht auf: Kämen tatsächlich weniger Flüchtende, bekäme ein arbeitsloser Hartz-IV-Empfänger nicht einen Cent mehr, geringe Löhne oder die Ausgaben für Bildung würden deshalb nicht steigen und kleine Unternehmen und Solo-Selbstständige hätten nicht weniger Existenzängste. Hinter diesen Sorgen steht nämlich ein anderes Problem: Die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

Bei ihrer Hetze gehen AfD und Pegida geschickt vor. Beispielsweise haben Neonazis einen positiven Bezug zum Nationalsozialismus, lehnen die Demokratie ab, proklamieren einen Systemumsturz und stützten sich offen auf Rassismus und Antisemitismus. AfD und Pegida drücken ihre Forderungen dagegen so aus, dass weniger Menschen davon abgeschreckt werden. Sie grenzen sich öffentlich (bisher) von Neonazis ab, befürworten »Volksentscheide« und die

»Reformierung« des demokratischen Systems. Sie sehen als Feindbilder in Deutschland lebende Muslime, den Multikulturalismus, eine angeblich durch Medien erzeugte linke Hegemonie und die EU-Bürokratie. Aber der Kern ist der gleiche: Im Endeffekt werden als »Andere« definierte Menschen für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht und der positive Bezug auf die eigene Nation als Lösung angeboten. Diese Antworten sind schlicht rassistisch und nationalistisch und bedienen nur Vorurteile statt Lösungen anzubieten. Wir fallen darauf nicht rein! Wir finden weiterhin, dass Gewerkschaften die besseren, die solidarischeren Antworten auf Fragen von Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Renten oder Flucht und Asyl haben.

Wer ist das Volk?

»Wir sind das Volk« skandieren die Teilnehmenden auf den Demonstrationen. Die Redner_innen bei den Veranstaltungen grenzen »das Volk« von »den Politikern« ab, von denen sie sich »übergangen« und »betrogen« fühlen. Sie suggerieren damit zwei Dinge: Eine Interessengleichheit innerhalb der Politik und einen »Volkswillen«. Eine Ausdifferenzierung der verschiedenen politischen Interessen in der Politik, aber auch in der Bevölkerung wird verleugnet. Dabei werden »dem (deutschen) Volkswillen« die Interessen von Muslim_innen, Migrant_innen und Geflüchteten entgegengestellt. Einen »Volkswillen« gibt es aber schlicht nicht. Es gibt in jeder Gesellschaft Menschen mit unterschiedlichen Interessen und die haben mehr mit der sozialen als mit der geographischen Herkunft eines Menschen zu tun. Beispielsweise möchte doch jede_r für die getane Arbeit einen Lohn erhalten, von dem man gut leben kann. Und das unabhängig davon, woher jemand kommt. Manchmal haben Interessen auch einen kulturellen Hintergrund. Aber da hat vielleicht ein konservativer Muslim auch mehr mit einem konserva-





tiven Christ gemein als mit einer syrischen Atheistin. Wir als Gewerkschafter_innen teilen mit unseren Kolleg_innen, egal ob aus Deutschland, Pakistan oder Syrien erst mal mehr gemeinsame Interessen als mit unseren Arbeitgeber_innen. Um politisch etwas zu erreichen, ist es wichtig, dass wir uns zusammenschließen, Forderungen aufstellen und gemeinsame Interessen, unabhängig von unserer Herkunft vertreten. Wenn wir finden, dass eine Regierung falsche Entscheidungen trifft, dann ist es wichtig, das lautstark zu äußern und mehr Beteiligung einzufordern. Und wenn die Regierung dies nicht hören will, dann muss jede_r die Chance nutzen bei der nächsten Wahl eine andere demokratische Partei zu wählen, die unsere Interessen besser vertritt. Pegida aber nutzt eine Rhetorik, die darauf abzielt, »Volksvertreter« als Regierung einzusetzen, die den Volkswillen umsetzen sollen. Einen Willen, den es in der Gesamtheit wie soeben beschrieben aber gar nicht gibt. Gerade damit werden politische Diskussionen unterbunden und Demokratie eingeschränkt sowie zwangsläufig Gruppen und Interessen ausgeschlossen.

Konkurrenz statt Fairness

Die AfD hetzt nicht nur gegen Asylsuchende und Migrant_innen, sondern ist auch gewerkschaftsfeindlich und will den Sozialstaat abbauen. Die DGB-Jugend Hessen-Thüringen hat sich anlässlich der Landtagswahl 2014 und die DGB-Jugend Baden-Württemberg anlässlich der Landtagswahl 2016 das Wahlprogramm der AfD genauer angesehen: Die AfD setzt sich für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ein, machte damals noch Stimmung gegen den Mindestlohn und ist für den Rückzug des Staates vom Arbeitsmarkt. Das würde für Arbeitnehmer_innen u.a. den Wegfall von Arbeitsschutzgesetzen, die Abschaffung des Mindestlohns und keinen Mindesturlaub bedeuten. Kündigungs- und Krankheitsschutz sollen ebenfalls abgebaut und das Rentenalter hochgesetzt werden – die AfD will Konkurrenz statt Fairness. In ihrer Welt kann eine Wirtschaft nur dann wachsen, wenn sich alle »genug anstrengen«,

Schutzgesetze stören dabei nur. Der Staat hat sich nicht nur aus dem Arbeitsmarkt, sondern aus dem gesamten öffentlichen Bereich zurückzuziehen. Die Finanzierung von Sportvereinen, Kultureinrichtungen und dem Bildungsbereich soll gekürzt werden, sodass Freizeit und (Aus-)Bildung für uns immer teurer werden würden. Die Konsequenz aus den Vorschlägen der AfD wären somit: ein Studium nur noch für Reiche und Freizeit nur noch in kommerziellen Einrichtungen, statt im Sportverein oder im Jugendclub. Die AfD steht für ein rückwärtsgewandtes Frauenbild. Ginge es nach der AfD müssten alle deutschen Frauen mindestens drei, lieber vier Kinder haben. André Poggenburg, der AfD-Fraktionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt, behauptete im Wahlkampf z.B. dass die »Lebensleistung von Frauen ohne Kinder gleich null gehe«. Politiker_innen der AfD gelangen auch immer wieder mit Ausfällen gegen Homosexuelle in die Schlagzeilen. Björn Höcke äußerte sich beispielsweise über Gender-Mainstreaming als »Geisteskrankheit« und Beatrix von Storch nannte Homosexualität eine »politische Geschlechtsumwandlung«.

Nur gemeinsam stark

Während Leiharbeit und Werkverträge in einem größeren Umfang Anwendung finden, zunehmend unsichere Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen, die soziale Ungleichheit wächst und immer weniger Geld für Bildung, Ausbildung und für die Kommunen zur Verfügung steht, dienen Geflüchtete als Sündenböcke für die aktuelle Situation. Wir als Gewerkschafter_innen kämpfen gegen prekäre Beschäftigung und setzen uns für mehr Gerechtigkeit für Alle ein. Für uns ist es klar, dass wir somit auch gegen Rassismus und Ausgrenzung kämpfen, denn faire und gerechte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen stehen allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung zu. Arbeitnehmer_innenrechte werden gemeinsam erkämpft und verteidigt. Deswegen lassen wir uns auch nicht gegen unsere Kolleg_innen aufhetzen. Nur gemeinsam können wir die Situation verbessern.

3. Gefahren herausstellen: »Nur ›besorgte Bürger‹? Hooligans, Überfälle und Neonazis«

»Wir sind keine Rechten, wir sind nur ›besorgte Bürger‹, wir machen uns Sorgen und trauen uns diese zu äußern...«, sagen Teilnehmende bei Pegida-Demonstrationen. Wahrscheinlich trifft es auch für einen Großteil der Demonstrierenden zu, dass sie kein gefestigtes rechtes Weltbild vertreten. Dennoch sind rechte und extrem rechte Positionen auf den Demonstrationen die Regel. Der Grund – und das Problem – liegt darin, dass auch »besorgte Bürger« rassistische Meinungen haben können und gesellschaftliche Probleme mit dem Ausschluss von »Fremden« bekämpfen wollen. Damit wird aber nichts besser! Es ist aus unserer Sicht also wichtig, Nazis und Sozialabbau gleichermaßen zu bekämpfen und somit für ein schönes Leben für alle einzutreten.

Keine Berührungspunkte mit Neonazis

Es ist unübersehbar, dass sich extrem rechte Gruppierungen und Organisationen die Protestformen zunutze machen und immer mehr vereinnahmen. Gerade in kleineren Städten und im Westen von Deutschland sind es vornehmlich Kameradschaften und sogenannte »Freie Kräfte«, die als »besorgte Bürger« auftreten und Versammlungen anmelden. Bei Demonstrationen von Pegida in Köln erklangen die Naziparolen »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« und »Frei, Sozial und National«. Bei den Versammlungen sieht man immer häufiger Kleidung, Symbole und Sticker, die eindeutig auf Neonazismus, Nationalismus und Rassismus hinweisen. Es ist nicht verwunderlich, dass sich sowohl zahlreiche Neonazikader aus NPD und »Die Rechte« als auch rechtspopulistische Politiker_innen, die sich sonst eher einen biedereren Anstrich zu geben versuchen, auf Demonstrationen von HoGeSa und diversen Pegida-Ablegern anzutreffen waren.

Aber auch Pegida und die AfD in Dresden haben wenige Berührungspunkte, wie Bilder in sozialen Netzwerken zeigen. Auf den Demonstrationen von Pegida finden sich Vertreter_innen eigentlich aller Strömungen der extremen Rechten wieder. Allerdings wurden ihnen wie auch Vertreter_innen anderer Parteien und Organisationen – mit Ausnahme der aus dem Umfeld der »Neuen Rechten« stammenden Identitären Bewegung, die auch mit ihren Fahnen präsent ist – von dem Organisationsteam von Pegida untersagt, mit ihren Symbolen und Fahnen auf den »Spaziergängen« aufzutreten. Dennoch finden sie hier endlich einen Rahmen, in dem sie an nationalistische wie rassistische Meinungen anknüpfen und ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten können. Nach langer Zeit scheint das Konzept der »Neuen Rechten« wieder aufzugehen: Die Initiierung von Protesten, die ihrem Inhalt nach rassistisch und nationalistisch, die nach außen jedoch als bürgerlicher Protest getarnt sind. Zentraler Bestandteil dieser Proteste ist ein äußerst hohes Aggressionspotential, das der Einschüchterung der politischen Linken dient, Angriffe auf Journalist_innen fördert und Gewalt gegen migrantisch aussehende Menschen legitimiert.

Besorgte Gewalt

Wie »besorgt« die Bürger_innen im Zuge der Diskussionen und Konflikte um Pegida, Geflüchtete und Islam sind, zeigt sich 2015 an der dramatisch gestiegenen Zahl an Angriffen auf Migrant_innen, Asylsuchende und ihre Unterkünfte, Linke und Gewerkschafter_innen, sowie Medienvertreter_innen und ihre Einrichtungen. Dabei bleibt es nicht bei Einzeltaten. Bekannt wurden die Orte Tröglitz, Freital oder Heidenau, wo sich sogenannte »Nein-zum-Heim-Initiativen« bildeten, um Asylunterkünfte und Geflüchtete anzugreifen: »Anfang April sorgte die Brandstiftung an einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz noch für ein großes mediales Echo, im Juni waren die Demonstrationen im sächsischen Freital ein bestimmendes Thema und auch die Vorfälle in Heidenau im August haben aufgrund ihrer Dimension noch für größere öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Mittlerweile sind derartige Vorkommnisse aber häufig nur noch eine Randnotiz – obwohl sie stetig zunehmen«, schreiben Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung. Fast 1.000 Angriffe auf Asylunterkünfte zählt das Bundeskriminalamt für das Jahr 2015. Das sind fast drei Angriffe pro Tag! Verurteilt wurden bisher vier Straftäter_innen, die meisten der Angriffe werden wohl unaufgeklärt bleiben.

Was der rassistische Diskurs innerhalb der Gesellschaft ebenso hervorbringt, ist die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Menschen. Netz-gegen-Nazis.de dokumentiert einige der schlimmsten Fälle im Jahr 2015: Lehrer_innen in Chemnitz werden bedroht, weil sie Geflüchteten Deutsch beibringen wollten. Auf Geflüchtete wird mit Schreckschusspistolen geschossen. In Dresden sind zwei



israelische Studenten zusammengeschlagen worden, weil die Täter sie für »arabischstämmig« hielten. Motiviert von steigender Zustimmung in der Bevölkerung waren auch Neonazis. So griffen mehrere dutzend Teilnehmende einer Demonstration der NPD die 1. Mai-Kundgebung des DGB in Weimar an. Am Jahrestag der Gründung des Leipziger Ablegers von Pegida verübte eine Gruppe von 250 rechten Hooligans einen offenbar geplanten Angriff auf den politisch links geprägten Stadtteil Connewitz, zerstörte Geschäfte und machte Jagd auf Passanten. Vor der Bürgermeisterwahl in Köln kam es im Oktober 2015 zu einem Anschlag auf die parteilose Kandidatin Henriette Reker, die sich bis dato vor allem für eine gerechtere Geflüchtetenpolitik eingesetzt hat. Der in der rechten Szene bekannte Täter stach Frau Reker in den Hals und verletzte vier weitere Personen. Er begründete seine Tat damit, dass er »in 20 Jahren nicht in einer muslimisch geprägten Gesellschaft leben [wolle].«

Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Sorgen legitimieren keine Gewalt, keine Brandanschläge oder Körperverletzung. Wenn sich Nazis als »besorgte Bürger« tarnen und besorgte Bürger_innen sich in ihren Weltbildern und Handlungsweisen Nazis annähern, gilt es ganz genau hinzusehen. Wenn der Hetze gegen Asylsuchende und »Muslime« nicht widersprochen wird, werden sich »besorgte Bürger« weiter radikalisieren und es besteht die Gefahr, dass sie Gewalt zunehmend als legitim betrachten. Der Hass und die Gewalt richten sich gegen Geflüchtete, gegen Helfer_innen, gegen Politiker_innen und Pressevertreter_innen, die sich für Geflüchtete engagieren. Offener Terror gegen einzelne Bevölkerungsteile ist ein selbsternanntes Aktionsfeld von rechten Bewegungen, deshalb ist neben der Solidarität mit den Geflüchteten, eine antifaschistische und rassismuskritische Aufklärung unabdingbar! Dazu gehört es aber auch selber aktiv zu werden.

4. Handlungsperspektiven aufzeigen: »Aktiv werden, bevor es zu spät ist«

Rechten Parolen Paroli bieten!

Um den Vormarsch der rechten Bewegungen zu stoppen und langfristig antirassistische und soziale Perspektiven zu stärken, ist es wichtig, die inhaltliche Auseinandersetzung zu führen und dafür braucht es vermittelbare Positionen.

Wenn wir Menschen davon überzeugen möchten, sich uns anzuschließen und Position gegen rechte Parteien zu beziehen, müssen wir in der Lage sein, ihnen zu erklären, warum und was das mit ihnen zu tun hat. Wenn soziale Nöte und Abstiegsängste von AfD, Pegida und Co. genutzt und geschürt werden, müssen diese und ihre Gründe benannt werden. Schließlich helfen besonders Widersprüche gut, die rechten Strategien zu entlarven: AfD und Pegida nutzen die Abstiegsängste und soziale Problemlagen, um Hass gegen Muslime und Migrant_innen zu schüren. Tatsächlich würden die Forderungen der AfD, wie die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung oder die Abschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung zu einer viel dramatischeren sozialen Situation führen. Genau diese Widersprüche gilt es zu benennen und aufzudecken.

In der politischen Auseinandersetzung mit der AfD in einer Stadt, einem Landkreis oder Bundesland ist es natürlich von Bedeutung, ob ein AfD-Kandidat Verbindungen in die Neonazi-Szene, das frauenfeindliche Lebensschutz-Milieu oder zu schlagenden Studentenverbindungen hat. Über den plausiblen Nachweis solcher Verbindungen können Funktionsträger_innen, Kreisverbände und gegebenenfalls sogar die Parteispitze in eine Rechtfertigungssituation ge-

bracht werden, die die Unterstützung für die Partei schmälert und im Zweifel Stimmen kostet. Dieser taktische Vorteil trägt jedoch vor allem auf kurze Sicht, weil er auf Empörung, nicht auf Überzeugung zielt. Statt also nur darauf hinzuweisen, dass sowohl AfD als auch NPD mit dem Slogan »Wir sind nicht das Sozialamt der Welt« werben, kommt es darauf an zu begründen, warum diese Parole falsch ist.

Ist Deutschland das Sozialamt der Welt? Nein: Deutsche Unternehmen profitieren prächtig davon, dass Menschen in anderen Ländern ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Auch deutsche Waffenexporte sorgen für Vertreibung auf der einen, Gewinne auf der anderen Seite. Die Kosten, die zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten anfallen sind dagegen Peanuts.



» Gleichzeitig zeigen die steigenden Zahlen von Ausschreitungen gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte wie wichtig und vielleicht notwendiger denn je der Protest gegen rassistische Hetze ist, die der Nährboden für rechte Gewalt ist. Mit ihrer anti-rassistischen Arbeit in den Betrieben, Verwaltungsstellen und Bildungszentren leisten die Gewerkschaften schon heute einen wesentlichen Beitrag dazu, das friedliche Zusammenleben, unabhängig von Herkunft, Beruf, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion zu sichern. Die Gewerkschaftsjugend unterstützt bereits heute auf allen Ebenen Gegenproteste zu Kundgebungen von Neonazis vor Flüchtlingsunterkünften [...]. « **Resolution »#Refugees Welcome« der DGB Bundesjugend**

Aktiv werden

Unser Ziel ist, den Einfluss rechter Parteien und Organisationen in der Gesellschaft zu verhindern, weil sie unseren gewerkschaftlichen Forderungen, Werten und Zielen entgegenstehen. Hierfür gibt es verschiedene Mittel und Wege. Die DGB-Jugend beschäftigt sich mit dem gesellschaftlichen Problem Rassismus. Auf ihren Webseiten sind Aktionstipps und Hilfestellungen zu finden, auch findet ihr Seminare zu den Themen in unseren Bildungsprogrammen. Aber auch innerhalb eures Betriebes oder eurer (Berufs-)Schule oder an der Hochschule könnt ihr aktiv werden.

- » Wie wäre es mit einer antirassistischen Zeitung oder einem antirassistischen Flyer, die ihr selbst schreibt und verteilt? Damit könnt ihr auf konkrete Auseinandersetzungen im Betrieb oder der Schule eingehen und in den gesellschaftlichen Kontext einordnen. Im Gegensatz zu einem Flyer habt ihr mit einer Zeitung mehr Platz um Fragen zu diskutieren und aufzugreifen.
- » Oder ihr produziert Buttons und T-Shirts: Im besten Fall sprechen euch Mitschüler_innen oder Kolleg_innen drauf an und ihr könnt euch über die Punkte austauschen. Gleichzeitig setzt ihr damit ein klares Zeichen.
- » Nicht alle überzeugen Flyer oder Zeitungen. Wie am besten gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit argumentiert werden kann, lässt sich in Trainings einüben. Organisiert ein Argumentationstraining mit Kolleg_innen und Mitschüler_innen. Hier können Vorurteile, die allen alltäglich begegnen zusammengetragen und gemeinsam entkräftet werden. Neben inhaltlichen Punkten ist es auch wichtig die richtige Gesprächsführung zu üben um am Ende zu überzeugen und nicht als Besserwisser_in dazustehen.
- » Oft ist es nicht so leicht, über politische Debatten mit Kolleg_innen oder Mitschüler_innen ins Gespräch zu kommen. Bei einem Konzertabend oder einer Party, die ihr unter ein antirassistisches Motto stellt, ist die Hürde vielleicht niedriger. Bei Musik und in lockerer Atmosphäre ist Politik schnell um einiges weniger »trocken«, als manch eine_r denkt. Die Einnahmen von der Veranstaltung könnt ihr außerdem Initiativen oder Projekten spenden.
- » Auch in eurer Stadt könnt ihr euch engagieren: Neben den gewerkschaftlichen Strukturen gibt es weitere Gruppen und Organisationen, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam im Bündnis lassen sich antirassistische Demonstrationen organisieren oder sogar Naziaufmärsche blockieren.

- » Wenn die AfD einen Stand in der Innenstadt aufbaut, um auf Stimmenfang zu gehen, stellt eine »braune Tonne« daneben. Hier können die rechten Flugblätter direkt wieder abgegeben werden. Begleitet die Aktion mit eigenen Flyern, die eurer Handeln erklären und versucht mit Passant_innen ins Gespräch zu kommen.
- » Es stehen Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahlen an? Schaut euch die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien an und überprüft sie mit gewerkschaftlichen Forderungen. Wo passt es, wo passt es nicht? Welche Partei hat konstruktive Vorschläge für Tarifauseinandersetzungen, wer steht für Koalitionsfreiheit? Anhand dieser Fragen könnt ihr Stellungnahmen veröffentlichen, Podiumsdiskussionen veranstalten oder Wahlaufrufe verbreiten. Wichtig ist, dass ihr dazu aufruft, dass eure Kolleg_innen überhaupt wählen gehen, denn jede Nicht-Stimme ist im Zweifel eine Stimme für rechte undemokratische Parteien.

Es gibt vielfältige Wege, sich gegen rechtes Gedankengut zu engagieren. Das Effizienteste bleibt dabei immer eines: Nicht weghören. Nicht wegsehen. Wann immer es geht, heißt es, sich gegen rassistische Parolen und Fremdenfeindlichkeit zu positionieren. Sei es gegen Aussagen oder auch die direkte Schlechterstellung von nicht deutschen Kolleg_innen. Als Jugend- und Auszubildendenvertretung vertrittet ihr die Rechte aller jungen Arbeitnehmer_innen. Gemeinsam mit dem Betriebsrat seid ihr die ersten Ansprechpartner_innen, die bei Benachteiligungen unsere Kolleg_innen unterstützen und in Absprache mit ihnen entsprechend einschreiten können.

Impressum

Text: Julia Molck

Redaktion: Julia Böhnke, Tina Malguth, Tim Ackermann, Mark Haarfeldt

V.i.S.d.P.: Florian Haggemiller

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Gestaltung: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

Fotos: Franz Ferdinand Photography (Seite 1, 4 und 7); m.p.3. (Seite 3); Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen (Seite 4); Metropolico.org (Seite 5 und 8); Marie-Lan Nguyen (Seite 6); Chris Grabert (Seite 7); Caruso Pinguin (Seite 9 und 10)

Stand: Juni 2016

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung der DGB-Jugend.

Gefördert aus Mitteln des BMSFSJ

Faktencheck und Argumentationstraining

Von wegen »Mut zur Wahrheit«

Immer wieder tauchen unreflektierte »Stammtischparolen« in der Öffentlichkeit, z.B. in sozialen Netzwerken, in der Nachbarschaft, im Betrieb, auf dem Schulhof usw. auf. Hier gilt es, diese zu hinterfragen und ihnen etwas entgegenzusetzen. Dazu hier ein paar Beispiele:

! **»Die meisten Ausländer sind kriminell!«**

➤ Es gibt keine wissenschaftliche Theorie, die einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Herkunft und Kriminalität herstellt. Aber von rechter Seite gibt es immer wieder Versuche, dies zu tun. Dabei werden aber unterschiedliche Sachverhalte miteinander vermischt: Bei Asylsuchenden werden dann auch Delikte im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht und der Asylgesetze erfasst. Das sind Straftaten, die deutsche Staatsbürger_innen gar nicht begehen können. Für einen Asylsuchenden gilt z.B. die Residenzpflicht. Das bedeutet sie haben eine räumliche Beschränkung ihres Aufenthaltes. Verlassen sie den zugewiesenen Raum – meistens eine Stadt oder einen Landkreis – ist dies schon ein Verstoß. Kriminalstatistiken erfassen außerdem in der Regel vor allem Tatverdächtige. Tauchen diese vermehrt auf, heißt das erst mal nur, dass diese öfter kontrolliert werden. Es gibt aber definitiv einen Zusammenhang zwischen Geflüchteten-Unterkünften und Kriminalität. Im Jahr 2015 gab es fast 1.000 Anschläge auf Einrichtungen für Geflüchtete und auf Migrant_innen. Und zwar von und Rassist_innen bzw. »besorgten Bürger_innen« aus Deutschland.

! **»Es gibt bald keine deutsche Kultur mehr, deutsche Werte spielen keine Rolle mehr!«**

➤ Was ist denn deutsche Kultur? Hast du die gleichen kulturellen Vorlieben und Werte wie deine Eltern? Hörst du die gleiche Musik wie deine Oma und findet sie die gleichen Dinge richtig wie alle anderen? Kultur unterliegt einem ständigen Prozess des Wandels und des Austauschs mit anderen. Migration hat bei diesen Wandlungsprozessen schon immer eine wichtige Rolle gespielt und Ansichten und Werte beeinflusst. Und es ist auch gut, dass sich Kultur also schon immer verändert hat und dies auch immer tun wird, sonst wäre es ziemlich langweilig.

! **»Auch Nazis haben das Recht zu demonstrieren. Hier herrscht ja Meinungsfreiheit.«**

➤ Nazis nutzen die Freiräume, die ihnen die Demokratie bietet, aber eigentlich wollen sie die Demokratie abschaffen. Eine ihre beliebtesten Behauptungen ist es, dass die Demokratie den »Volkstod« bringen würde. Gleichzeitig fordern sie das demokratische Recht auf Demonstrationsfreiheit ein. Irgendwie komisch, oder? Schon die NSDAP hatte die Strategie, die Demokratie zu nutzen, um sie abzuschaffen. Nazis und Rechtspopulist_innen wollen Ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten und – sobald sie stark genug dafür sind – Meinungsfreiheit und Menschenrechte abschaffen. Willst du das auch? Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

! **»Ich bin kein Rassist, ich meine das nicht rassistisch oder flüchtlingsfeindlich, aber...«**

➤ Das ist eine lustige These. Man will etwas Rassistisches sagen, es aber nicht so verstanden haben. Aber die Frage ist ja nicht, wie man eine Aussage meint, sondern was man sagt! Wenn du ganzen Gruppen von Menschen, die untereinander vielleicht nichts miteinander zu tun haben, vorwirfst, sie seien barbarisch, unterentwickelt, sexistisch, demokratiefeindlich und irgendwie nicht kompatibel zu »uns«, dann machst du eine absolute Aussage über eine bestimmte Gruppe von Menschen. Dabei generalisierst du nicht nur »die«, sondern auch »uns«. »Wir« sind dann nämlich alle das genaue Gegenteil davon. Und daran sieht man schon, dass das nicht passt. Es ist schwierig, aber es hilft nichts: In keinem Land oder Religion sind alle Menschen gleich. Es gibt überall coole Menschen und aber auch leider überall Idioten. Und die Idioten muss man halt kritisieren, egal ob sie nun Asylsuchende sind oder deutsche Staatsbürger_innen.